

27.11.2020



# ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

## BERLIN AKTUELL

### Liebe Freunde,

diese Woche steht ganz im Zeichen der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses. Die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre ist die Basis für unser heutiges Handeln. Der Haushalt bewegt sich angesichts der Corona-Herausforderungen auf Rekordniveau, so etwas habe ich in meinen gesamten Jahren als Haushaltspolitiker noch nicht erlebt. Meine große Sorge ist, dass wir uns übernehmen und im Panikmodus schwerwiegende haushaltspolitische Entscheidungen treffen, die künftige Generationen schwer belasten. Dass Deutschland und die EU auf die Pandemie mit enorm großen Hilfspaketen überhaupt reagieren konnten, ist nur durch die solide Haushaltspolitik der letzten Jahre möglich geworden. Diese solide Haushaltspolitik dürfen wir auch jetzt nicht gänzlich über Bord werfen. Die Krise stellt die Politik vor fiskal- und geldpolitisch größte Herausforderungen, wir müssen zukünftig in einer neuen Regierung Maß und Mitte stärker in den Fokus nehmen. Zusätzlich kommen Megatrends mit großen finanziellen Auswirkungen, wie die ökologische und digitale Transformation der Volkswirtschaften, dazu. Ziel des Haushalts muss es sein, die Krise zu meistern, eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung anzustoßen, und nicht nur ein Strohfeder zu entfachen.

Gerade in meinem Bereich, der Wirtschafts- und Energiepolitik habe ich starke Akzente gesetzt. Mit dem Modellprojekt Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen schaffen wir eine Anpassung an die sich verändernden Klimabedingungen. Dies gelingt durch eine Integration von Naturräumen in der Stadt und einer Revitalisierung der Pflanzen und Tierwelt. Im Bereich der Luft- und Raumfahrt setzen wir verstärkt auf Innovation und investieren massiv in die Forschung und Entwicklung um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Innovative

Antriebsformen wie hybridelektisches Fliegen werden allein mit 15 Mio. Euro gefördert. Darüber hinaus stärken wir unsere internationalen Partnerschaften und Kooperationen im Rahmen der ESA.

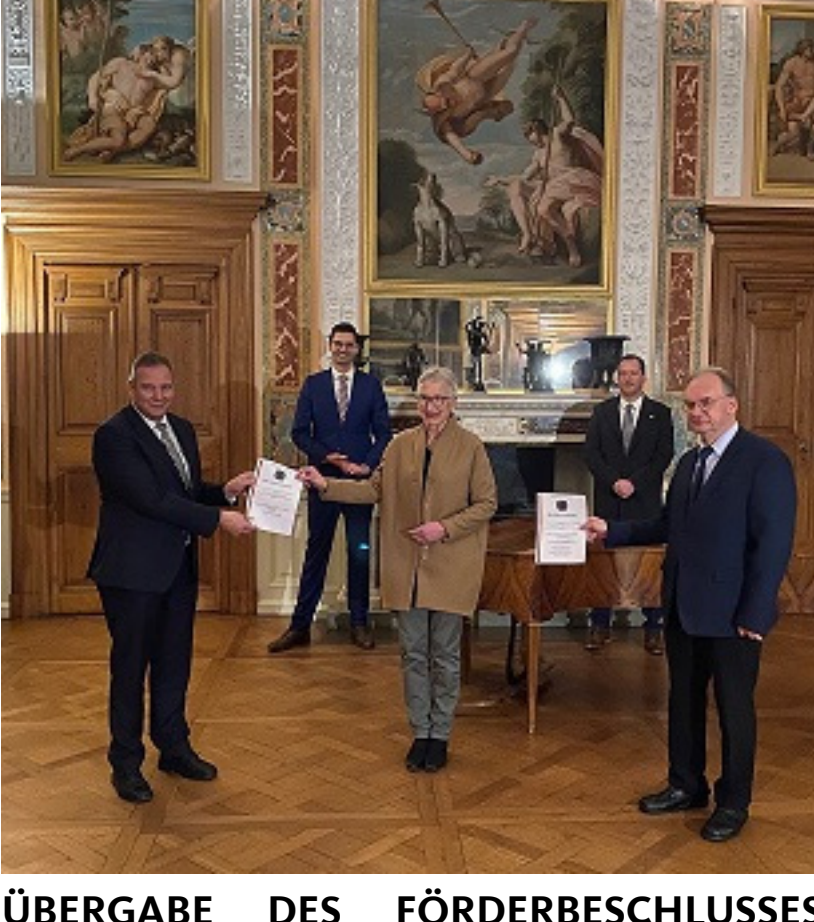
Die Förderung von LNG-Betankungsschiffen, setzt einen starken Fokus auf Schlüsseltechnologien und Maritimes Kow-How Made in Germany; die unseren Energiemix erweitern, unser Klimaziele umsetzen und attraktive Arbeitsplätze sichern.

Die erfolgreiche Bewältigung der Corona-Pandemie ist auch ein politischer und finanzieller Kraftakt. Wir erleben zurzeit einen Moment größter finanzieller Hilfsbereitschaft mit den am schwersten von der Krise betroffenen Bevölkerungsgruppen und Branchen. Phantomdebatten über neue Umverteilung und Steuererhöhungen untergraben diesen Zusammenhalt. Für unseren wirtschaftlichen Neustart brauchen wir das Vertrauen von Unternehmern, Selbständigen und Arbeitnehmern. Wir als Union werden darüber hinaus darauf achten, dass die Tragweite und die Entschlossenheit der Corona-Schutzmaßnahmen mit einer fairen Lastenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einhergeht.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

## FOTO DER WOCHE



### ÜBERGABE DES FÖRDERBESCHLUSSES IM GARTENREICH DESSAU-WÖRLITZ MIT SACHSEN-ANHALTS MINISTERPRÄSIDENT REINER HASELHOFF

Als eine der schönsten Aufgaben meiner Arbeit im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gehört die Überbringung von guten Nachrichten, wie Förderbeschlüsse für ausgewählte Projekte. Im Rahmen des „Modellprojektes: Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen“ konnte ich zusammen mit dem Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff, 2,7 Mio. Euro an die Direktorin der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz Dipl.-Ing. Brigitte Mang übergeben.

Der 112,5 Hektar große Wörlitzer Landschaftspark nach englischem Vorbild ist einer der ersten und größten englischen Gärten in Deutschland und dem europäischen Kontinent. Durch die Hitzesommer der letzten Jahre und dem generellen Klimawandel benötigt er im 18. Jh. angelegte Park eine nachhaltige Anpassung und Revitalisierung der Begrünung und der Wasserversorgung.

Besonder gefreut hat mich der Besuch aus einem weiteren Grund. Als nach der Wiedervereinigung Deutschlands die Landkreise Verwaltungspartnerschaften zum Aufbau der neuen Bundesländer eingerichtet haben, war der Landkreis Verden der Partnerkreis des Landkreises Wittenberg. Ich freue mich, dass die damalige Arbeit heute sichtlich gute Früchte getragen hat. Ministerpräsident Haseloff hob seine Freude beim Erblicken meines Verdener KFZ-Kennzeichen hervor und erinnerte sich an die gute Zusammenarbeit in den 90er Jahren. Ihn verbinden seit dem einige tiefe Freundschaften in unsere Region.

Als Mitglied im Haushaltsausschuss ist es meine Pflicht mir Projekte anzusehen, die der Deutsche Bundestag fördert. Damit wird gewährleistet, dass unsere Steuergelder effizient und zielgenau eingesetzt werden. Der Klimawandel der sich in den nächsten Jahren noch verstärkt, wird unsere Gesellschaft und Wirtschaft zu einen Spagat zwischen Verantwortungsbewusstsein umgang mit Ressourcen und wirtschaftlichen Wachstum zwingen.

In meinem Handeln lege ich stets großen Wert auf Nachhaltigkeit, unterstütze ich auch zukünftig das Modellprojekt Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen und ländlichen Räumen, von dem auch der Wiesenpark Oytten und die Kreistadt Verden profitiert haben. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in der Bereinigungssitzung am 26. November beschlossen, dass das Projekt im nächsten Jahr weitergeführt wird.

## THEMEN DER WOCHE

### VERBESSERUNG IN DER PFLEGE

Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege (Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz). Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, durch das verschiedene Rechtsänderungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung vorgenommen werden. Zum einen soll die gesetzliche Krankenversicherung für finanzielle Stabilität vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie einmalige Zusatzzuschüsse in Höhe von 5 Milliarden Euro erhalten und das Limit der Finanzreserven heraufgesetzt werden. Weitere Maßnahmen sind die Erweiterung der Möglichkeiten für Selektivverträge (Verträge zur besonderen Versorgung), ein Hebammenstellen-Förderprogramm, die Sicherstellung finanzieller Hilfen für Krankenhäuser im ländlichen Raum sowie für Kinder- und Jugendmedizin und die Entfristung der Verfahrensvereinfachung bei der Hilfsmittelpflichtung bei der Pflegebegutachtung. Hervorzuheben sind Regelungen für die Schaffung von bis zu 20 000 zusätzlicher Stellen für Pflegehilfskräfte in der Altenpflege und die Verlängerung der Corona-bedingten Schutzschirme.

### MTA-REFORM

Gesetz zur Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin und zur Änderung weiterer Gesetze. In erster Lesung beraten wir ein Gesetz, mit dem wir eine Reform der vier Berufe in der medizinischen Technologie (Laboratoriumsdiagnostik, Radiologie, Funktionsdiagnostik und Veterinärmedizin) vorsehen. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Berufe zu modernisieren, zu stärken und dadurch auch attraktiver zu gestalten. Aus diesen Gründen ist zudem künftig eine angemessene Ausbildungsvergütung vorgesehen und ein Verbot, Schulgeld zu erheben. Darüber hinaus wird durch eine Änderung des Notfallsanitätergesetzes den Notfallsanitätern in besonderen Einsatzsituationen und innerhalb klar definierter Grenzen die Ausübung von Heilkunde gestattet und mehr Rechtssicherheit geschaffen.

### FORTSCHRITTE IM KLIMAWANDELBEREICH

Zweiter Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Der Bericht bilanziert den Stand der Politik der Klimaanpassung der Bundesregierung und gibt einen Ausblick auf die Schwerpunkte der künftigen Arbeit. Er ist Teil des Berichtswesens zur deutschen Anpassungsstrategie, welche die Bundesregierung im Jahr 2008 vorgelegt und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt hat. Der Bericht enthält einen „Aktionsplan Anpassung III“, in dem 180 konkrete Maßnahmen aller Bundesressorts für alle wichtigen Bereiche unserer Gesellschaft enthalten sind. Darüber hinaus gibt der Bericht einen Ausblick auf die wesentlichen Schwerpunkte der künftigen Arbeit wie z.B. die Entwicklung von konkreten Zielsetzungen für ein klimaresilientes Deutschland in den verschiedenen Handlungsfeldern von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt, eine verbesserte Abschätzung der Wirksamkeit bei der Entwicklung von Maßnahmen sowie eine Kosten-Nutzen Bewertung zu Klimawandelschäden und Anpassungsausgaben des Bundes.

### ÄNDERUNG DES WEINGESETZES

Diese Gesetzesreform, die wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, hat zum Ziel, dass die deutschen Winzer ihren Absatz wieder steigern können und bessere Erlöse erzielen. Hierfür sieht das Gesetz ein neues System der Herkunftskennzeichnung und die Erhöhung der Mittel der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Absatzförderung von 1,5 auf 2 Millionen Euro sowie die Verlängerung der Beschränkung der Pflanzgenehmigungen auf 0,3-Prozent vor. Weiterhin soll aus Gründen der Nachhaltigkeit möglichst unbürokratisch eine schnelle Markteinführung neuer Rebsorten bewirkt werden.

### ÄNDERUNG DES WEINGESETZES

Diese Gesetzesreform, die wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, hat zum Ziel, dass die deutschen Winzer ihren Absatz wieder steigern können und bessere Erlöse erzielen. Hierfür sieht das Gesetz ein neues System der Herkunftskennzeichnung und die Erhöhung der Mittel der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Absatzförderung von 1,5 auf 2 Millionen Euro sowie die Verlängerung der Beschränkung der Pflanzgenehmigungen auf 0,3-Prozent vor. Weiterhin soll aus Gründen der Nachhaltigkeit möglichst unbürokratisch eine schnelle Markteinführung neuer Rebsorten bewirkt werden.

### ERSTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES VERPACKUNGSGESETZES

In zweiter und dritter Lesung beschließen wir ein Gesetz, das Letztvertreiber das Inverkehrbringen von leichten Kunststofftragetaschen verbietet. Ausgenommen sind solche mit einer Wandstärke von weniger als 15 Mikrometern. Das sind insbesondere sogenannte „Hemdchen- bzw. Knotenbeutel“, die vor allem für Obst und Gemüse verwendet werden. Mit dem Verbot soll der positive Trend der Reduzierung des Verbrauchs leichter Kunststofftragetaschen konsequent fortgesetzt werden. Es soll die Ressourceneffizienz verbessern und die Umweltbelastung durch Littering verringern.

### GESETZ ZUR ÄNDERUNG DER JUSTIZKOSTEN- UND DES RECHTSANWALTS-VERGÜTUNGSRECHTS

Mit diesem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung verabschieden, passen wir das Justizkosten- und Rechtsanwaltsvergütungsrecht an aktuelle Entwicklungen an. Die Gebühren des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes sind zuletzt zum 1. August 2013 erhöht worden. Mit Blick auf die erheblich gestiegenen Kosten für den Kanzleibetrieb und im Interesse einer Teilhabe der Anwaltschaft an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung werden wir die Rechtsanwaltsvergütung anheben. Zudem werden die Honorare für Sachverständige, Sprachmittler nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst. Außerdem sollen auch die Entschädigungen für ehrenamtliche Richter sowie für Zeugen angemessen erhöht.

### TIERSCHUTZ

Schutz von exotischen Tieren bei Handel und Haltung verbessern – Ursachen für Pandemien bekämpfen. Mit dem Antrag werden die Probleme bei Handel und Haltung von exotischen Tieren thematisiert, insbesondere die Einflüsse auf die Artenvielfalt und den Tierschutz, aber auch die Verminderung der möglichen Übertragung von Krankheiten durch Tiere auf den Menschen. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen für die stärkere Regulierung und Kontrolle von Tierbörsen zu schaffen, das Informationsangebot für Halter weiter zu verbessern, den Onlinehandel von Wildfängen und den herkömmlichen Handel insgesamt stärker zu regulieren, den anonymen Handel zu unterbinden, die Kontrollen bei der Einfuhr zu verstärken und die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern beim Artenschutz zu verbessern. Gleichzeitig soll sich die Bundesregierung auf Ebene der Vereinten Nationen für ein internationales Abkommen zur Bekämpfung von Wildtierkriminalität einsetzen und die nächste CITES-Konferenz dazu nutzen, dass der Schutz der Biodiversität und der Wildtierhandel auch unter dem Aspekt der weltweiten Gesundheitsvorsorge betrachtet werden.

### ZWEITES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ELTERNGELD- UND ELTERNGELDZEITGESETZES

In erster Lesung diskutieren wir den Entwurf eines Gesetzes, durch das Familien mehr zeitliche Freiräume verschafft werden und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten zwischen den beiden Elternteilen weiter unterstützt werden sollen. Daneben sieht das Gesetz vor, Eltern besonders früh geborener Kinder stärker zu unterstützen und einen Elterngeldmonat zusätzlich auszuzahlen. Gleichzeitig sollen Vereinfachungen geschaffen werden, um Elterngeldstellen aber auch Eltern von bürokratischen Hürden zu entlasten.

### BÜRGERINITIATIVE MINORITY SAFEPACK

Aufforderung an die Europäische Kommission zur Umsetzung der Bürgerinitiative „Minority SafePack“ (MSPI). Die Europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack“ hat ihre Vorschläge zur Stärkung der Rechte der europäischen Minderheiten am 10. Januar 2020 bei der EU-Kommission eingereicht und ihr Anliegen am 15. Oktober 2020 im Rahmen einer Anhörung vor dem Europäischen Parlament vorgetragen. Die EU-Kommission ist nun angehalten, spätestens 3 Monate nach der Anhörung im EU-Parlament ihre rechtlichen und politischen Schlussfolgerungen zu der Initiative sowie ihr weiteres Vorgehen bzw. den Verzicht auf ein weiteres Vorgehen und die jeweiligen Gründe hierfür darzulegen. Der Antrag soll das generelle Anliegen der Bürgerinitiative, die Rechte der europäischen Minderheiten zu stärken, politisch unterstützen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, die Vorschläge der MSPI, soweit sie von der EU-Kommission aufgegriffen werden, zeitnah zu prüfen und sich davon unabhängig für den Schutz und die Förderung der nationalen Minderheiten im Geiste des Anliegens der MSPI auf europäischer Ebene einzusetzen.

### 30. JAHRESTAG DER ERSTEN GESAMTDEUTSCHEN BUNDESTAGSWAHL AM 2. DEZEMBER

Zwei Monate nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 waren erstmalig Bürgerinnen und Bürger aus ganz Deutschland zur Bestimmung des ersten gesamtdeutschen Deutschen Bundestags aufgerufen. Zur ersten freien Parlamentswahl in ganz Deutschland seit November 1932 waren rund 60 Millionen berechtigt. Die Union konnte die Wahl mit einem Ergebnis von 43,8 Prozent der Stimmen klar für sich gewinnen und formte eine Koalition mit der FDP, die rund 11 Prozent der Stimmen erhielt. Somit wurde Bundeskanzler Helmut Kohl, der „Kanzler der Einheit“, gegen den SPD-Kandidaten Oskar Lafontaine im Amt bestätigt. Eine Besonderheit dieser Wahl bestand in der Aufteilung des Landes in zwei Wahlgebiete, wodurch eine Partei entweder in den alten Ländern einschließlich West-Berlin oder im Gebiet der neuen Bundesländer die Fünf-Prozent-Hürde nehmen musste, um in der Deutschen Bundestag einzuziehen. Von dieser Regelung profitierten bundesweit 90/Grüne, die zu dem Zeitpunkt noch nicht mit den westniedersächsischen Grünen vereinigt waren, und die PDS/Linke Liste. (Quelle: Deutscher Bundestag)

## WAHLKREIS AKTUELL



OHZ Bundestagsabgeordneter Andreas Mattfeldt, Marie Jordan, Harry Laube, Brunhilde Rühl (alle CDU-Fraktion im Rat) und Bürgermeister Torsten Rohde

### BESSERES KLIMA IN OYTEN UND VERDEN

Ich freue mich besonders, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 18. November zwei wichtige Projekte zur nachhaltigen Klimaanpassung und der Kreisstadt Verden beschlossen hat. Durch das „Modellprojekt: Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen“ fließen insgesamt 2,7 Mio. Euro in Klimaanpassungsprojekte. Das ist eine sehr gute Nachricht für unsere Region. Gerade in den Landkreisen Osterholz und Verden wurden herausragende Anstrengungen unternommen, die Pflanzenwelt zu revitalisieren und mehr Naturräume in unsere Städte zu bringen. Die Entscheidung des Haushaltsausschusses beweist, dass unsere Gemeinden innovative Konzepte entwickeln, um dem Klimawandel entgegen zu treten.

Die „Grünen Lunge“ im Zentrum Oytens in die Realität umzusetzen ist eines meiner Herzensanliegen. Der sogenannte Wiesenpark soll künftig für Fußgänger und Radfahrer vom Rathaus und Bürgerzentrum (Neue Ortsmitte) aus die Verbindungssache zwischen den Straßen Hauptstraße und Holzdammer bis zum Schulzentrum und dem neuen Bahnhofpunkt in Seegehorn werden. Ein Regenrückhaltebecken gibt es hier bereits.

Osterholz-Scharmbeck erhält Bundesmittel, um damit in den nächsten drei Jahren die Renaturierung und Baumerneuerung im städtischen Bereich massiv voranzutreiben. Mit dem Geld sollen insgesamt 1500 Bäume nachgepflanzt werden, deren Vorgänger in den vergangenen Jahren unter anderem aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt werden mussten. Bäume rücken in der Stadt wie kleine Klimaanlagen und dienen als Rückzugsgebiet für Insekten- und Tierarten. Mit der Unterstützung aus Berlin kann die Stadt auch die naturnahe und insektenfreundliche Umgestaltung von Straßenseitenräumen und die Rückholung und Neugestaltung von etwa 35.000 Quadratmetern Ackerrandstreifen finanzieren.

Das Bundesprogramm „Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen“ existiert seit diesem Jahr und hat für ganz Deutschland ein Fördervolumen von 200 Millionen Euro jährlich. Es ist Bestandteil des Energie- und Klimafonds (EKF). Ich habe mich im Haushaltsausschuss dafür eingesetzt, dass das Programm 2021 mit zusätzlich 100 Mio. Euro weitergeführt wird.



Bundestagsabgeordneter Andreas Mattfeldt und Oytens Bürgermeisterin Sandra Röse

